

(Abgeordneter Nitzsche [Leuzsch].)

(A) sehe ihn nicht hier, vielleicht kann es ihm von Herrn Geheimen Rat Hedrich übermittelt werden —

(Zuruf des Finanzministers Nitzsche.)

— er ist hier — dann möchte ich den Herrn Finanzminister selbst bitten, zu veranlassen, daß einmal festgestellt wird, wieviel Freifahrkarten für die Eisenbahn 1. und 2. Klasse seit der Revolution ausgestellt worden sind an Leute, die keinen Anspruch darauf haben.

(Hört, hört! bei den Demokraten.)

Es ist heute noch so, daß die Abteile 1. Klasse vorher bestellt und von den Soldatenräten nur zum Teil besetzt werden, und daß Leute, die ordnungsmäßig bezahlt haben, stundenlang stehen müssen.

(Zuruf bei den Unabhängigen: Es gibt ja keine Freifahrkarten mehr. — Abg. Günther [Blauen]: Das haben Sie wieder erzwungen.)

Ich habe den Finanzminister auch nur ersucht, festzustellen, wieviel während der Revolution Freifahrkarten ausgegeben worden sind. Wir wissen bestimmt, daß die Agitationsreisen von Leuten, die kein Recht dazu haben, auf Grund der Freifahrkarten gemacht worden sind.

(Zuruf bei den Demokraten: Automobile!)

D) (B) In einer Zeit, in der für die Industrie keine Betriebsstoffe zu haben waren, sind die Automobile von den A.- und S.-Räten zu allen möglichen Fahrten benutzt worden.

Weiter haben die A.- und S.-Räte entgegen den klaren Bestimmungen über die vorzunehmenden Neuwahlen der Arbeiterräte Anordnungen getroffen, zu denen sie kein Recht haben. Es ist z. B. in Flöha und in Frankenberg, nachdem es erst geheißen hat, daß für die Listen weder eine Zustimmungserklärung der Kandidaten noch die Herbeiführung von Unterschriften für die Liste notwendig ist, mit einem Male, als auch von anderer Seite Listen eingereicht wurden, bestimmt worden, daß nur Listen Gültigkeit haben, die von politischen Parteien eingereicht werden. So sehen Sie, daß die A.- und S.-Räte sich nicht überall die Anerkennung erworben haben, die der Herr Ministerpräsident Dr. Gradnauer zum Ausdruck gebracht hat. Ich nehme auch an, daß es sich mehr um eine Höflichkeitsbezeugung gehandelt hat, als um eine innere Überzeugung.

(Zuruf bei den Sozialdemokraten: Nein, das ist innere Überzeugung!)

Im Zusammenhang mit dieser Betrachtung über unser Heerwesen erheben meine politischen Freunde — wir

bitten die Regierung, sich zum Dolmetsch unserer Gefühle zu machen — entschieden Protest gegen die jedem Gerechtigkeitsgefühl hohnsprechende Zurückhaltung unserer Gefangenen. Wir sehen in diesem Verhalten unserer Gegner eine Grausamkeit unserem Volke gegenüber, das die Waffen gestreckt hat und wehrlos ist. Diese Stellungnahme steht ebenbürtig neben dem Umstande, daß man ruhig zusieht, wie das deutsche Volk, das Ungeheures geleistet hat, das seine Ehre durch alle Nöte gerettet hat, nun langsam verhungert. Wenn man im Kriege soviel von den Barbaren gesprochen hat, dann meine ich, müßte doch jetzt der ganzen Welt inne werden, auf welcher Seite die größten Barbaren sich befinden. Noch wird unserem deutschen Volke ein schwarzer Tag beschieden sein, ein Tag der Trauer, wie so viele vorher, nur vielleicht noch größer und schwerer. Das wird der Tag sein, an dem der übermütige Gegner unserem Volke den Frieden diktieren wird. Dann wird es heißen, unsere Schicksalsstunde erwartend, zusammenzustehen und die Zähne zusammenzubeißen. Unsere Partei hat gewiß den dringenden Wunsch, daß unserem deutschen Volke eine lange, ununterbrochene Friedenszeit beschieden sein möge. Wir hoffen, daß uns der Friede nicht zwingt, diesem Standpunkt untreu zu werden. Man soll sich hüten, uns als Volk zu entehren und uns die Lebensmöglichkeiten zu nehmen. (D)

Und während man uns von außen bedrängt, erhebt der Bolschewismus, diese Völkerseuche,

(Huh, huh! bei den Unabhängigen.)

auch in Deutschland sein Haupt.

(Sehr richtig! bei den Demokraten.)

Wir verlangen von der Regierung die schärfsten Maßnahmen gegen spartakistische Bestrebungen aller Art.

(Sehr gut! bei den Demokraten.)

Der Herr Ministerpräsident hat reichlich viel von demokratischen Grundsätzen gesprochen. Bei der Bildung des Kabinetts hat die Regierung diesen Grundsatz nicht zum Ausdruck gebracht. Wir sehen gewiß eine homogene Regierung. Das ist aber auch alles. In der Geschichte aller parlamentarisch regierten Länder wird es wohl einzig dastehend sein, daß eine Partei, ohne die Mehrheit zu besitzen, die Regierung bildet. Der Herr Ministerpräsident hat einen hohen Grad von Mut bewiesen, das gestehen wir ihm zu, er wird aber außerdem wohl von einem großen Vertrauen getragen gewesen sein gegenüber den Parteien dieses Hauses, denen es um eine ruhige Entwicklung zu tun ist. Was an uns liegt, an der